

Allgemeine Zeitung - Bad Kreuznach | 26.10.2016 | Seite 13

LESERBRIEFE

Zur angedachten Fusion der beiden Verbandsgemeinden Langenlonsheim und Stromberg.

Zusammenlegung ist sinnvoll

Es ist erstaunlich, dass bei jeder Anregung, Verbandsgemeinden zu vergrößern oder zusammenzulegen, behauptet wird, es werde dadurch nichts gespart. Dabei zeigt jeder Vergleich bestehender Gemeinden, dass unter der Voraussetzung, gut geführt zu werden, Größen von über 15000 Einwohnern kostengünstiger verwaltet werden können.

Daher wundere ich mich, dass Frau Klöckner bei der Diskussion über ihre Heimatgemeinden sich diese Argumente nicht spart. Das Guldenbachtal ist ein natürlich abgeschlossenes Gebiet, das vernünftigerweise auch kommunalpolitisch zusammengeführt werden sollte. Die Vorstellung, Stromberg und Langenlonsheim zusammenzufassen, ist aber nicht neu. Bei der Reform 1969/1970 wurde darüber ernsthaft beraten.

Ich war damals Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Langenlonsheim der SPD, berichte also nicht vom Hörensagen. Frau Klöckner beklagt, dass die Bürger damals nicht beteiligt waren. Es gab sicher keine Abstimmung, aber die Meinungen waren durchaus nicht parteigebunden. So hat sich der damalige Amtsbürger-

meister Peter Stupplich (CDU) für die Zusammenlegung ausgesprochen. Er hat sich aber nicht durchgesetzt. Elmar Pieroth hat bewirkt, dass Rümelsheim und Dorsheim zu Langenlonsheim kamen. Er wollte, und dafür habe ich Verständnis, mit seiner Firma im Wahlkreis bleiben. Die Bürger dieser beiden Ortsgemeinden wären sicher lieber in Bingen (damals Bingerbrück) geblieben. Waldlaubersheim kam von Langenlonsheim nach Stromberg. Das war eine klar parteitaktische Maßnahme gegen den Willen der Bürger.

Jetzt – nach fast einem halben Jahrhundert – muss man feststellen: Die Bürger sind klüger als die Parteitaktiker. Sie haben Räte und Bürgermeister in eigener Entscheidung durchaus unterschiedlich gewählt. Aus dieser Erkenntnis und der gesetzlichen Regelung, nach der die Verbandsgemeinde Stromberg auf Dauer nicht erhalten werden kann, sollten die Bürger nicht abwarten, bis eine Zwangszusammenführung erfolgt. Bürgermeister, Räte und Bürger sollten überlegen, wie man auf freiwilliger Basis die gemeinsame Zukunft gestalten kann, wie man – vielleicht mit Hilfe des Landes – finanzielle Unterschiede ausgleichen kann. Alle sollten sich parteitaktische Spiele ersparen. Die Zusammenlegung ist sinnvoll und notwendig.

*Wolfgang Salzmann
Bad Kreuznach*